

NACHGEFRAGT

»Eine der größten Veränderungen im Bereich der Daseinsvorsorge ist und bleibt die Energiewende.«



Dr. Wolfgang Schäuble
Bundesfinanzminister

Welche Bedeutung haben kommunale Unternehmen bei der Bewältigung der gesellschaftspolitischen Herausforderungen heute und in Zukunft?

Kommunale Unternehmen können auf vielfältige Weise bei der Bewältigung von gesellschaftlichen Herausforderungen mitwirken – der Schlüssel sind überzeugende unternehmerische Lösungen vor Ort. Davon abgesehen besitzen öffentliche Unternehmen auch eine wichtige gesellschaftliche Vorbildfunktion. Ich denke da zum Beispiel an die Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern. Hier können kommunale Unternehmen als Arbeitgeber zur Eingliederung der Menschen in unsere Gesellschaft beitragen. Ich begrüße es daher sehr, dass der VKU das Engagement kommunaler Unternehmen in diese Richtung tatkräftig unterstützt. Hauptaufgabe und Kerngeschäft der Unternehmen ist und bleibt selbstverständlich, die Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger zuverlässig und mit hoher Qualität wahrzunehmen.

Das Aufgabengebiet kommunaler Unternehmen – die Daseinsvorsorge – verändert sich. In welchen Bereichen sehen Sie die größten Bewegungen und wo den größten Handlungsbedarf?

Eine der größten Veränderungen im Bereich der Daseinsvorsorge ist und bleibt die Energiewende. Die kommunalen Energieversorger gestalten sie zu einem großen Teil aktiv mit und leisten somit einen wesentlichen Beitrag zu ihrer dezentralen Umsetzung. Auch umweltpolitische Fragestellungen werden – gerade für die Ver- und Entsorgung – eine zunehmende Bedeutung erhalten. Daneben gehört die älter werdende Gesellschaft zu den großen Entwicklungen, mit denen sich alle kommunalen Unternehmen auseinandersetzen müssen. Hier können die kommunalen Verkehrsbetriebe beispielsweise durch die Schaffung einer altersgerechten Verkehrsinfrastruktur bei der Anpassung an den demografischen Wandel mitwirken. Es kommt auch darauf an, durch flexible Verkehrsangebote die Attraktivität der ländlichen Räume weiter zu verbessern. Wenn es den kommunalen Unternehmen so gelingt, ihre Angebote aktiv und zügig an die neuen Herausforderungen anzupassen, dann können diese Veränderungen auch eine Chance zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit kommunaler Unternehmen darstellen.

Die Fragen stellte Michael Nallinger

»Kommunen spielen bei der Sektorkopplung eine zentrale Rolle«

ENERGIEPOLITIK Am 14. und 15. März lädt der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) zur Verbandstagung nach Berlin. Im Vorfeld sprach die ZfK mit dem Präsidenten Michael Ebling über aktuelle und künftige Herausforderungen des Marktes und moderne Daseinsvorsorge

Herr Ebling, die Verbandstagung steht unter dem Motto »Aufbruch in eine neue Daseinsvorsorge«. In Berlin werden rund ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl die Bundeskanzlerin und drei Bundesminister vertreten sein. Was sind die wichtigsten Botschaften, mit denen Sie die Spitzenpolitiker konfrontieren?

Wir werden den Wert kommunaler Infrastrukturen und den Beitrag kommunaler Un-

»Es bringt nichts, bis September Entscheidungen herbeizuführen, die mit heißer Nadel gestrickt werden.«

ternehmen für die Lebensqualität vor Ort als zentrale Themen in den Mittelpunkt rücken. Wir werden deutlich machen, dass diese starke, moderne Daseinsvorsorge heute so wichtig ist wie lange nicht. Denn sie bietet Antworten für viele drängende Fragen unserer Zeit. Starke Kommunen und starke kommunale Unternehmen sind für die Gesellschaft unentbehrlich und bilden die Grundlage für die Wirtschaft vor Ort. Sie sorgen für eine lebenswerte Heimat und gute Zukunftsperspektiven. Damit Kommunen und ihre Unternehmen ihre Potenziale entfalten können, braucht es langfristig sichere Rahmenbedingungen. Das und mehr wollen wir bei der Verbandstagung selbstbewusst vortragen: der Politik, der Öffentlichkeit und natürlich unseren Mitgliedern.

An der wichtigsten Schaltstelle der Energiepolitik, im Bundeswirtschaftsministerium, gab es kürzlich überraschend einen Wechsel. Mit Brigitte Zypries übernahm keine ausgewiesene Energieexpertin den Ministerposten. Inwieweit ist ein Stillstand in der Energiepolitik zu befürchten, und was würde dies für die Kommunalwirtschaft bedeuten?

Ich kenne Frau Zypries gut genug, um zu sagen, dass sie die Themen gemeinsam mit ihrem Haus weiter vorantreiben wird. Allerdings bringt es keinem etwas, wenn nun

übereilt Entscheidungen getroffen werden. Für einige große Themen, wie die Sektorkopplung oder die gerechtere Verteilung der Kosten der Energiewende, braucht es schlicht mehr Zeit als bis September oder de facto nur bis zur Sommerpause. Insofern ist es aus unserer Sicht nun wichtig, die Themen gut vorzubereiten, damit wir in der nächsten Legislaturperiode auf solider Basis starten können. Dies hat aber nichts mit dem Wechsel auf dem Ministerposten zu tun.

Der ehemalige Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel blickt äußerst positiv auf die energiepolitische Arbeit der vergangenen gut drei Jahre zurück. Wie fällt Ihr Fazit aus?

Es gibt einige Beschlüsse, die wir positiv sehen. Die Reform des EEG etwa ist Sigmar Gabriel entschlossen angegangen. Es war richtig, das alte Förderungsschema durch ein Ausschreibungsmodell abzulösen. Die Kosten wären sonst aus dem Ruder gelaufen. Noch ist es zu früh, eine abschließende Bewertung abzugeben. Wir sehen jedoch Anzeichen dafür, dass das neue Modell funktioniert. Auch die Beschlüsse zum KWKG waren richtig. Die Kraft-Wärme-Kopplung ist eine wichtige Klimaschutztechnologie und muss entsprechend gefördert werden. Allerdings müssen wir anpassen, dass diese Erfolge nicht durch andere Gesetze konterkariert werden, etwa durch das Netzentgeltmodernisierungsgesetz oder das Stromsteuergesetz. Der Blick auf die Beschlüsse zum Digitalisierungsgesetz GDEW ist eher ernüchternd. Auch mit wichtigen Teilen der Anreizregulierungsverordnung sind wir nicht zufrieden. Denn durch sie wird kommunales Vermögen vernichtet. Wir werden in dieser Frage noch einmal eigene Lösungsvorschläge entwickeln. Auch beim Thema Marktdesign bleiben wir dran. Der Prozess zu dessen Umgestaltung fing vielversprechend an. Der von allen erhoffte große Wurf ist jedoch nicht gelungen. Die Folgen sind Überregulierung und Unsicherheit bei den Unternehmen.

Die Bundesregierung hat einen Dialog über die Ausgestaltung des Energiemarkts der Zukunft, den Energiemarkt 2.0, gestartet. Welche Vorstellungen hat man dazu beim VKU?

Wie viele andere Branchenvertreter sind wir nach wie vor der Meinung, dass wir für den Stromsektor einen wettbewerblich ausgestalteten Leistungsmarkt brauchen, der gesicherte Leistung und Flexibilität angemessen vergütet. Nun kommt eine weitere Herausforderung hinzu: Die Ausgestaltung des Energiemarkts 2.0, das heißt mit Strom, Wärme und Verkehr, wird noch mal komplexer. Denn dafür müssen die verschiedensten Bereiche betrachtet werden: von der Entgeltstruktur, der Lastenverteilung innerhalb der Sektoren über den europäischen Strombinnenmarkt bis hin zu intelligenten Messsystemen. Im Übrigen gilt auch hier: Es bringt nichts, bis September Entscheidungen herbeizuführen, die mit heißer Nadel gestrickt werden und möglicherweise zu Lock-in-Effekten führen, die die Branche dann über Jahrzehnte belasten. Wenn man jedoch bedacht an die Sache herangeht, dann wird man auf gute Grundlagen zurückgreifen können.

Welche Rolle spielen die Kommunen bei der Sektorkopplung?

Sie spielen eine zentrale Rolle. Lassen Sie mich zwei Beispiele nennen: Unsere Unternehmen betreiben vielfach Wärmenetze, die für die Sektorkopplung bedeutsam sind. Und wer, wenn nicht wir, kümmert sich denn darum,

dass wir flächendeckend eine Ladeinfrastruktur für Elektromobilität bekommen, die es überhaupt erst ermöglicht, den Strom- und Verkehrssektor im Individualverkehr zu verknüpfen? Diese Beispiele zeigen: Unsere Mitglie-

»Wer, wenn nicht wir, kümmert sich um eine flächendeckende Ladeinfrastruktur für Elektromobilität?«

der ermöglichen die Energiewende. Sie sind der Ansprechpartner vor Ort. Sie setzen als Kooperationspartner, Energiedienstleister und Systemmanager die Energiewende um. Kommunale Unternehmen können in und mit ihren Kommunen intelligente Versorgungskonzepte verwirklichen und Treibhausgasemissionen senken. Das kann im bestehenden Querverbund oder auch in der Zusammenarbeit zwischen Energieversorgern, Wasserver- und Abwasserentsorgern sowie Unternehmen der Abfallentsorgung geschehen. Und als einer der größten Mobilitätsanbieter sind sie auch im Verkehrssektor unterwegs.

Allerdings dürfen wir nicht den Fehler machen, die Sektorkopplung mit Elektrifi-

NACHGEFRAGT

»Die kommunalen Unternehmen sind für die Bewältigung der Herausforderungen zentral.«



Brigitte Zypries
Bundeswirtschaftsministerin

Welche Bedeutung haben kommunale Unternehmen bei der Bewältigung der gesellschaftspolitischen Herausforderungen heute und in Zukunft?

Die kommunalen Unternehmen sind für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen zentral. Das gilt für das Generationenthema Digitalisierung und Industrie 4.0 genauso, wie beispielsweise für das Thema Energiewende, eines der größten Modernisierungsprojekte unserer Zeit. Die Energiewende kann insgesamt nur gelingen, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen und wenn diese auch vor Ort gelingt. Gerade durch den großen lokalen Investitionsbedarf bestehen hier große Chancen, insbesondere für kommunale Unternehmen.

Das Aufgabengebiet kommunaler Unternehmen – die Daseinsvorsorge – verändert sich. Wo sehen Sie die größten Bewegungen und wo den größten Handlungsbedarf?

Einer der Bereiche ist hier die Energiewende, denn dadurch entsteht ein lokaler Investitionsbedarf. Sei es bei der Wärmewende, wo wir die kommunalen Wärmenetze und die Wärmeproduktion ausbauen müssen, oder bei der Verkehrswende, wo zum Beispiel der öffentliche Nahverkehr und der Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität stärker in den Fokus gerückt werden müssen. Und nicht zuletzt müssen auch unsere Stromnetze weiter ausgebaut und intelligent gemacht werden.

Die Fragen stellte Michael Nallinger

Widerstandsfähige Infrastrukturen

VERSORGUNGSSICHERHEIT Extreme Wetterereignisse und Cyberattacken sind nur zwei Faktoren, die Infrastrukturen zusetzen können. Gegenstrategien erläutert der Deutschland-Chef von Siemens auf der VKU-Verbandstagung

–MÜNCHEN– »Die Digitalisierung bietet nicht nur Chancen für die Sicherung der Infrastrukturen, sondern sie wird, etwa bezogen auf die Stromversorgung, vielmehr der Schlüssel zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende sein«, hat der Chief Executive Officer (CEO) von Siemens Deutschland, Uwe Bartmann, ausgemacht.

Der Wechsel von einer zentralen hin zu einer dezentralen Stromversorgung erfordert es, dass künftig nahezu alle Anlagen auf der Verbrauchs- wie auf der Erzeugungsseite über Kommunikationsschnittstellen mit Datenmanagementsystemen verbunden sind. Damit lässt sich einerseits in Echtzeit Angebot und Nachfrage gegeneinander abgleichen und andererseits »auf Basis von Geschäftsmodellen dafür Sorge tragen, dass auch in einem Energiemix mit überwiegend erneuerbaren Energien unsere Stromversorgung stabil und wirtschaftlich bleibt.«

Folgen des Klimawandels | Das wiederum stärke auch alle anderen Infrastrukturen, betont Bartmann, der am ersten Tag der Verbandstagung des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) einen Auftritt hat. Sein Thema: »Stark in stürmischen Zeiten – Effizienz und Sicherheit durch optimierte

Infrastruktur«. Den Titel könne man durchaus wörtlich nehmen, sagt der Chef von Siemens Deutschland. Schließlich kämen nicht nur auf das Stromnetz mit seinem stetig steigenden Anteil volatiler Energien stürmische Zeiten zu, sondern auch die extremen Wetterereignisse im Zuge des Klimawandels zeigten seit Jahren eine zunehmende Tendenz.

Blick auf Soft- und Hardware | Bartmann verweist auf die Notwendigkeit, die Resilienz – also die Widerstandsfähigkeit – der Infrastrukturen an diese Entwicklungen anzupassen. Dies gelte sowohl für die Hardware- als auch für die Softwareseite. Zu den Herausforderungen zählt er zudem die Gefahren des globalen Terrors.

Hier werden meist Cyberattacken an erster Stelle genannt. Bartmann sagt dazu: »Das Internet nutzen nicht nur wohlmeinende Menschen.« Jeder Rechner und jedes Gerät, das über IoT (Internet of things) vernetzt ist, könne zur Zielscheibe von Cyberattacken werden. Es komme dabei darauf an, sich entsprechend zu schützen, rät der Siemens-Deutschland-Chef und vergleicht dies mit dem Straßenverkehr: »Man stellt im Herbst ja nicht das Fahren ein, nur weil der Winter kommt. Aber man bereitet sich auf ihn vor.«

Städten und Gemeinden rät er, zunächst die von der Bundesregierung verabschiedeten Regelungen vor allem zum Thema IT-Sicherheit umzusetzen. Dabei gilt die Faustregel: Je höher eine Anlage in der Netzhierarchie steht, desto genauer sollte man sie auf Einbruchssicherheit, Ausfallwahrscheinlichkeit im Falle eines Anschlags und Ersetzbarkeit im Schadensfall prüfen.

Anker stabile Stromversorgung | Im Hinblick auf eine Gesamtstrategie über alle Infrastrukturen hinweg schätzt Bartmann die Situation so ein: »In Afrika sagt man: Strom ist wichtiger als Wasser. Das gilt meines Erachtens auch hierzulande. Mit einer stabilen Stromversorgung stehen und fallen alle anderen Infrastrukturen.« Insofern komme Stadtwerken eine besondere Rolle bei deren Sicherung zu. Aber hier ist es dem Betriebswirt, der schon seit 1989 bei Siemens beschäftigt ist, nicht bange.

Die Tatsache, dass die Energieversorgung in Deutschland zu der zuverlässigsten weltweit gehörten, liege »vor allem an der exzellenten Arbeit, die Stadtverwaltungen und besonders die Stadtwerke leisten«. Fast nirgendwo sei die Blackoutgefahr geringer als in Deutschland.

Michael Nallinger

zierung gleichzusetzen. Elektrifizierung ist eben nur ein Teil der Sektorkopplung. Vollständig auf Elektrifizierung zu setzen, würde bedeuten, dass perspektivisch mehr erneuerbare Energien zugebaut werden müssen. Das ist angesichts von Nutzungskonkurrenzen und Akzeptanzproblemen, etwa bei der Windkraft und beim Biogas, eine Herausforderung. Wir müssen daher auch die sektorübergreifenden Klimaschutzpotenziale der KWK sowie von Fernwärme- und Gasnetzen nutzen. Auf Gas als wichtige Brückentechnologie zu verzichten wäre in einem Industrieland wie Deutschland fatal.

»Wir dürfen nicht den Fehler machen, die Sektorkopplung mit der Elektrifizierung gleichzusetzen.«

Wie bringt sich der VKU in die Diskussion ein? Bei dem zentralen Thema der Dekarbonisierung haben wir früh Kriterien und eine übergreifende Positionierung entwickelt – übrigens als erster Verband der Energiewirtschaft. Das hilft uns in der politischen Debatte. Dabei sagen wir ganz deutlich, dass es auf absehbare Zeit nicht ohne KWK gehen wird. Die KWK ist ein energieeffizienter Beitrag zur Strom- und Wärmeversorgung. Und sie bietet Flexibilität: Durch diese bestehenden Infrastrukturen können erneuerbare Energien gut integriert werden.

Der Energiemarkt 2.0 ist ohne Digitalisierung nicht denkbar. Wie stark und wo wird diese das Umfeld für Stadtwerke verändern?

Die Digitalisierung ist ein Katalysator der Energiewende – und zwar sektorübergreifend. Das ist gleichermaßen Chance und Herausforderung für kommunale Unternehmen. Im Zuge der Digitalisierung sind sie gezwungen, sich neu zu erfinden. Sie können aber auch in besonderer Weise einen Mehrwert leisten, indem sie die verschiedenen Branchen und Sektoren auf kommunaler Ebene verknüpfen: Die Möglichkeiten, die sich für die Bereiche der Stadtplanung, der Dienstleistungen und der Prozessoptimierungen auftun, finde ich beeindruckend.

Wie sind die Unternehmen darauf vorbereitet? Viele unserer Mitglieder haben sehr interessante Projekte auf die Beine gestellt. Die Chancen erschließen sich jedoch nur denen, die sich bewegen. Der VKU versteht sich in diesem Transformationsprozess als Ideen- und Taktgeber. Daher haben wir die VKU-Innovationsplattform gegründet, die kommunale Unternehmen und Startups zusammenbringen wird.

Wie kam es dazu? Wir sind mit der sogenannten Learning Journey in vier deutschen Städten gestartet. Bei diesen Veranstaltungen haben Vertreter von kommunalen Unternehmen gemeinsam mit Startup-Mitarbeitern Ideen für neue Geschäftsmodelle entwickelt. Dabei sind einige vielversprechende Projektideen entstanden. Außerdem ging es natürlich darum, die beiden Welten – kommunale Unternehmen und Startups – grundsätzlich ins Gespräch zu bringen. Das Ende der Reise in Berlin war gleichzeitig ein Anfang: Wir wollten von den Teil-

nehmern wissen, wie die zukünftige Arbeit der Innovationsplattform aussehen soll, damit sie die bestmöglichen Ergebnisse erzielt. Diese Informationen nutzen wir nun für den Aufbau der Plattform.

Welche Ziele haben Sie identifiziert? Wir wollen verbinden, anstiften und die Unternehmen dabei unterstützen, neue Geschäftsfelder zu erschließen.

Mittlerweile gibt es in diesem Bereich diverse Initiativen. Was ist das Besondere an der VKU-Plattform?

Sie ist lebendig! Der VKU verfügt über ein einzigartiges Netzwerk. Wir wissen um die politischen und unternehmerischen Herausforderungen kommunaler Unternehmen und kennen die Strukturen vor Ort. Auf der anderen Seite haben wir bereits sehr gute Kontakte zu Startups aufgebaut. Da hilft es, in Berlin zu sitzen, der Startup-Hauptstadt in Deutschland. Wir bringen die richtigen Menschen zusammen. Dabei verstehen wir uns im Übrigen auch als Übersetzer für die verschiedenen Unternehmenskulturen. Für uns ist klar: Am Ende geht es darum, Innovationen voranzutreiben. Dabei sind verschiedene Projekte denkbar. Das kann in der Form passieren, dass kommunale Unternehmen und Startups gemeinsame Projekte entwi-

»Die Chancen des Energiemarkts 2.0 erschließen sich nur denen, die sich bewegen. Der VKU versteht sich dabei als Ideen- und Taktgeber.«

ckeln oder aber kommunale Unternehmen auf White-Label-Produkte von Startups zurückgreifen.

Wie stark verändert die Digitalisierung auch andere Geschäftsbereiche, in denen Stadtwerke unterwegs sind, wie die Wasser- oder die Abfallwirtschaft?

Ein Blick auf die interaktive Deutschlandkarte auf der VKU-Website, auf der wir digitale Projekte unserer Mitglieder aufzeigen, macht deutlich: Nicht nur in der Energiesparte tut sich viel. So kenne ich Apps zur Trinkwasserqualität für junge Familien, die sich beim Thema Babynahrung schlau machen wollen, oder City-Apps, bei denen man sich über das Kulturangebot der Stadt informieren kann. Unsere Mitglieder bieten beispielsweise auch Cloud-Dienste für das Gewerbe vor Ort an oder sind in den SINTEG-Projekten engagiert, die vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert werden.

Das Thema IT-Sicherheit ist natürlich insbesondere für Wasser- und Energiewirtschaft wichtig. Auch hier unterstützen wir die Mitglieder. Und in der Abfallwirtschaft finden sich im Bereich der Fahrzeugtechnik interessante Ansätze zur Digitalisierung, etwa zur Erhöhung der Sicherheit. Sie sehen: Wir befinden uns inmitten einer sehr interessanten Entwicklung – und der VKU treibt sie voran.

Die Fragen stellte Michael Nallinger

NACHGEFRAGT



Dr. Gerd Müller
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

»Städte sollen zu attraktiven, produktiven und innovativen Arbeits- und Lebensräumen werden.«

Welche Bedeutung haben kommunale Unternehmen bei der Bewältigung der gesellschaftspolitischen Herausforderungen?

Kommunen tragen unmittelbare Verantwortung für nachhaltige Entwicklung – für den Schutz von sauberem Wasser und gesunder Luft. Nur wenn auch Kommunen und ihre Unternehmen an Bord sind, kann nachhaltige Entwicklung für alle realisiert werden. Sie verfügen über das Know-how, das wir zur Lösung globaler Herausforderungen brauchen. Wir fördern daher kommunale Partnerschaften weltweit in unterschiedlichen Bereichen.

Die Daseinsvorsorge verändert sich. Wo sehen Sie die größten Bewegungen und wo den größten Handlungsbedarf?

Die Anforderungen an kommunale Unternehmen in Deutschland und besonders in

Entwicklungs- und Schwellenländern wachsen stetig. Städtisches Bevölkerungswachstum, Armut und soziale Trennung, massive Mobilitäts- und Umweltprobleme sowie Klimawandel sind nur einige der Herausforderungen. Wir brauchen hierfür intelligente Lösungen. Städte sollen zu attraktiven, produktiven und innovativen Arbeits- und Lebensräumen für alle Bewohner werden. Technologisches Wissen und die verfügbaren Ressourcen im Wasser- und Energiebereich müssen nachhaltig genutzt und so eine umwelt- und klimagerechte Kommunalentwicklung gefördert werden. Häufig verfügen Kommunen über unterschiedliche Fähigkeiten. Darin liegt ein großes Potenzial, das wir durch kommunale Partnerschaften fördern.

Die Fragen stellte Michael Nallinger

Nationale Smart-City-Strategie

DIGITALISIERUNG Der VKU und der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordern einen einheitlichen Rechtsrahmen. Die Datenhoheit müsse in kommunaler Hand bleiben

Von ARMIN LESSNER, Berlin

Daten sind das Öl des 21. Jahrhunderts. Und die Digitalisierung wird das Leben in Städten und Gemeinden grundlegend ändern. Doch gerade jetzt brauchen deutsche Städte und Gemeinden eine ganzheitliche Strategie in punkto Digitalisierung, forderten Ende Februar der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) sowie der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin. Damit die Daten der öffentlichen Verwaltung und des kommunalen Gemeinwohls schnell online verfügbar werden und die Datenhoheit in kommunaler Hand bleibt. Nicht dass am Ende dieses hohe Kapital den großen amerikanischen Datengiganten wie Facebook zum Opfer fällt. »Wir wollen keinen Digitalkapitalismus, wo nach Wildwestmanier der Stärkere ländereübergreifend alles beherrscht, sondern eine digitale soziale Marktwirtschaft«, so DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg.

Vor diesem Hintergrund wiesen DStGB und VKU auf das Setzen der richtigen Rahmenbedingungen hin. Bisher gebe es keinen ausreichenden Rechtsrahmen für die Digitalisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung. Generell kann man das Paket in zwei Teilaspekte untergliedern: den ausreichenden Ausbau der Infrastruktur und die Software-Seite für die Verwaltung und das städtische Leben.

Problem Schmalspur-Lösung | Zum Thema Breitbandausbau erklärte VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche, dass kommunale Unternehmen im vergangenen Jahr rund 500 Mio. Euro in den Ausbau des schnellen Internets investiert haben. Bis 2018 sollen es 1,7 Mrd. Euro werden. Mittlerweile engagiert sich jedes zehnte VKU-Mitgliedsunternehmen in diesem Sektor.

Doch das Problem ist die Wettbewerbslage. Nicht verstehen könne Reiche die Vektoren-



Unterstützung: VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche und ihr Pendant beim DStGB, Dr. Gerd Landsberg (rechts), stehen für einen Innovationschub in Stadt und Land bereit. Links: VKU-Kommunikationschef Carsten Wagner. Bild: VKU

ring-Entscheidung der Bundesnetzagentur. Wirklich Daten bewegen könne man nur mit Glasfasertechnik. Weshalb nun die Bundesnetzagentur die »Schmalspur«-Lösung via Kupferkabel der Telekom akzeptiere, sei nicht nachvollziehbar.

Vor diesem Hintergrund werde dem »Rosa Riesen vom Rhein« das Rosinenpicken leicht gemacht. Immer wieder gäbe es Konflikte zwischen Telekom und kommunalen Unternehmen, da sich der Bonner Konzern gute Areale nehme und weniger gute nicht bearbeite. Hier forderte Reiche eine einheitliche Bezugsgröße wie eine Gebietskörperschaft als Richtmaß. Auch sei eine Art Planfeststellungsverfahren sinnvoll.

Schon jetzt gebe es in der Kommunalwirtschaft viele positive Projekte wie die City Cloud der Stadtwerke Rüsselsheim, die den örtlichen Unternehmen Rechnerleistung zur Verfügung stellt. Die Glasfaserinfrastruktur wurde ebenfalls von den Stadtwerken realisiert.

Bei der Entwicklung des E-Governments gebe es derzeit einen sehr unterschiedlichen Stand, betont Landsberg. So seien beispielsweise die Städte Köln, Hamburg und Paderborn in diesem Segment sehr fortschrittlich.

Problem proprietäre Lösungen | Doch auch hier ist das Problem: Jede Stadt erarbeite sich eine proprietäre Lösung, es fehlt die Standardisierung. Aus diesem Grund fordert Landsberg eine nationale Smart-City-Strategie – gerne auch unter der Beteiligung des Bundes.

Welch hohe Summen im Spiel sind, lässt der derzeit von DStGB und Bitkom ausgelobte Wettbewerb »Digitale Stadt« erahnen: Bis 15. März können sich Städte zwischen 80 000 und 160 000 Einwohnern mit einem Digitalisierungskonzept bewerben. Dem Sieger winkt ein dreistelliger Millionenbetrag. Der Nachholbedarf ist groß: In den Top 20 des »EU Smart City Rankings« der TU Wien und TU Delft findet sich derzeit keine deutsche Stadt.

Alle Technologien für das Energiesystem der Zukunft an einem Ort:

Energy

24. – 28. April 2017

Hannover • Germany

hannovermesse.de

INTEGRATED ENERGY PLAZA

Deutsche Messe

Energy

HANNOVER MESSE 2017